Geht es nur mit Gesetzen und Regulierungen?

Für eine Kultur des Sterbens!

Im Deutschen Ärzteblatt (Nr. 16/2008) wurde die Frage nach Sterbehilfe für Demente angesprochen, wie diese in den Beneluxländern auch schon praktiziert werde. Die spezielle Frage nach Sterbehilfe für Demente lässt sich erweitern und generell fragen, wie steht es um die Willensverfügung am Lebensende? Dazu der Ethikexperte PD Dr. Florian Steger:

Foto: Vincent Leifer, Agentur van ryck

PD Dr. Florian Steger, Universität Erlangen-Nürnberg

— Die Ausbreitung von Sterbehilfeorganisationen nimmt zu. Es mehren sich Stimmen, die Gründung und Unterstützung von Sterbehilfeorganisationen (zum Beispiel Dignitas) unter Strafe gestellt sehen wollen. Es wird ein Verbot kommerzieller Sterbehilfe gefordert. Gründern oder Unterstützern von Sterbehilfeorganisationen drohen dann Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren.

Tötungsmaschinen müssen per Gesetz verhindert werden

Da wäre z. B. der ehemalige Justizsenator Hamburgs, Dr. Roger Kusch, der für einen Sterbehilfeautomaten wirbt. Mit seinem Verein „Dr. Roger Kusch Sterbehilfe“ bietet er aktive Sterbehilfe an. Wird in einem ärztlichen Gutachten eine unheilbare Krankheit attestiert, und ist der Sterbewillige bei vollem Bewusstsein und über mögliche Alternativen aufgeklärt, dann käme die Selbst-

tötungsmaschine zum Einsatz, die der Sterbewillige selbst betätigt.

Um die Tötungsmaschine zu verhindern, sind zweifelsohne Gesetze notwendig. Doch müssen wir darüber hinaus das Sterben gesetzlich regeln? Sollte der menschliche Wille wirklich nur durch ein Gesetz deutlich werden können? Sollten wir nicht vielmehr auf Kommunikation setzen?

Die Bundesärztekammer hat Grundsätze und Empfehlungen für Ärztinnen und Ärzte – nicht zuletzt durch die Zentrale Ethikkommission bei der Bundesärztekammer – erarbeitet und Anfang 2008 im „Kitteltaschenformat“ (Sterben in Würde. Grundsätze und Empfehlungen für Ärztinnen und Ärzte) zusammengestellt. Wie weit eine Patientenverfügung reicht, ist nicht jedem klar; ähnlich verhält es sich mit der Vorsorgevollmacht. Da werden rasch Stimmen nach Regulierungen

laut, die wiederum nach gesetzlichem Rahmen verlangen. Aber bringt uns denn in diesen Fragen eine gesetzliche Regulierung weiter?

Der Arzt wird entlastet, ein Gesetz schafft Klarheit und der Patient weiß von seinem gesetzlich verbürgten Willen. Sollen klinische Entscheidungen aber von Gesetzen diktiert werden?

Aber Gesetze ersetzen nicht die Kommunikation mit den Sterbenden

Da tun Stimmen gut, die nach einer Kultur des Sterbens verlangen, die einen gesellschaftlichen Sterbe- und Todesdiskurs einfordern. Ja, wir sollten über Sterben und Tod mehr reden, damit diese Grenzthemen nicht mehr so stark tabuisiert werden: Einstellungen, Verhalten und Handeln sollten sich ändern – und dafür müssen wir auch in der Aus-, Weiter- und Fortbildung mehr für die Kommunikation und das Beziehungsverhältnis tun.

Dabei ist ein erster und zentraler Schritt, dass wir mehr über Sterben und Tod reden. Dann werden Gesetze und Regulierungen z. T. überflüssig werden, denn dann kennen wir den wirklichen Willen des anderen. Es ist sicherlich notwendig, dass auch die palliativmedizinische Versorgung weiter ausgebaut wird. Dabei können Gesetze behilflich sein, sie dürfen aber nicht an die Stelle der so notwendigen Kommunikation über das Lebensende treten.

■ PD Dr. Florian Steger, Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Glückstraße 10, D-91054 Erlangen

Formulare und Regulierungen wo Kommunikation notwendig wäre.

Foto: Filser/Mauritius Images